

Der Arbeitslose

Zentralorgan der Arbeitslosen Steiermarks

Erscheint wöchentlich

Vierteljahres-Abonnement 6 1-20

Einzelpreis 10 Groschen

Nummer 3

Graz, 28. Februar 1927

1. Jahrgang

Die Arbeitslosigkeit

ein planmäßiger Angriff der Unternehmer auf die Gesamtheit des Proletariats.

In keinem Lande der Welt ist die Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur Einwohnerzahl so groß als in Österreich, nirgends greifen so viele Arbeitslose zum Selbstmord als in diesem kleinen Lande, und nirgends herrscht größere Verelendung. 300.000 Arbeitslose liegen am Pflaster, ein Sechstel der Gesamtbevölkerung ist direkt von der Arbeitslosigkeit betroffen; in Graz ist jeder Dritte arbeitslos. Was macht dagegen die Regierung? Sie räumt sich, die Arbeitslosigkeit nicht abzubauen. Ihr glaubt das nicht? Nun hört!

Für das Jahr 1926 waren 157 Millionen Schilling für Investitionen (auszuführende Arbeiten) bestimmt. 140 Millionen wurden verbraucht. Circa 17 Millionen wurden erspart. Das heißt, das für 17 Millionen Schilling mehr an Arbeit hätte geleistet werden können. Ferner hat die Regierung die aus der Völkerbundanleihe bestimmte Summe für den Ausbau des Nobelsystems bis heute nicht zur Verwendung gebracht. Viele Arbeitslose hätten bei dieser Arbeit Verwendung finden können. Daß die Regierung nichts unternimmt, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern, ist allgemein bekannt, daß sie jede produktive Arbeitslosenfürsorge sabotiert, recht fest; daß die reaktionären Landesregierungen in dieselben Fußstapfen treten, weiß jeder Mann. Nur das ist neu, daß die Regierung sich noch rühmt, nichts gegen die Arbeitslosigkeit zu unternehmen. Von den Unternehmern will

sie dafür belobt werden. Welche Beziehungen stehen zwischen den Unternehmern und der Arbeitslosigkeit? Um das aufzuklären, müssen wir folgendes untersuchen.

Wer veranlaßt die Regierung, gegen die Arbeitslosigkeit die Arme zu verdrängen und ruhig zuzusehen, wie Hunderttausende der vollkommenen Verelendung entgegengehen? Wer veranlaßt die Regierung, Gelder zu ersparen für die Hunderte, die Arbeit bekommen hätten? Wer hindert die Regierung, den Handel mit Sowjetrußland auszubauen und die Vervollkommnung des Nobelsystems in Angriff zu nehmen? Das sind dieselben Elemente, die der Regierung den Angriff auf die Arbeitslosenunterstützung diktiert, das sind diejenigen Elemente, die grundsätzlich den Kampf gegen jede Besserstellung des Proletariats sowie auch gegen jedwede soziale Fortschritte führen, das sind die österreichischen Kapitalisten.

Sie, ohne deren Willen in Österreich keine Laube vom Dache fällt, sind es, die der Regierung vorschreiben, für den Abbau der Arbeitslosigkeit nichts zu unternehmen. Das ist kein Unsinn, sondern kapitalistisches System, denn die österreichischen Kapitalisten haben erkannt, daß unter der großen Arbeitslosigkeit die Kollegen in den Betrieben schwächer geworden sind und daß bei andauernder Arbeitslosigkeit die Reaktionskonjunktur günstig steht. Mit der Geißel

der Arbeitslosigkeit leiten sie einen Generalangriff gegen das Proletariat ein. (Siehe Donawitz.)

Mit der Arbeitslosigkeit drohen sie jedem, der sich mußt. Mit Betriebsstillegungen antworten die Unternehmer bei jeder Lohnforderung. Mit der Auswanderung der Betriebe drohen sie, wenn die sozialen Einrichtungen nicht beseitigt werden. Jeder Arbeiter hat beinahe diese Peitsche Arbeitslosigkeit über seinem Rücken gespürt und er fürchtet sie. Die Unternehmer wissen das und deshalb spekulieren sie damit.

Die Eierstöcke der Revolution sollen geprengt werden und dann, wenn das Proletariat geknackt ist, blüht hundertfacher Profit für die Arbeiter, die jetzt zurückgestellt werden. Zuerst das Proletariat würde machen durch die Arbeitslosigkeit, das ist der Plan der Unternehmer der österreichischen Kapitalisten und die Regierung Geißel ist der Heckerlschloß.

Dieser schurkische Plan wird den Unternehmern und der Regierung nicht gelingen, wenn das Gesamtproletariat den Sinn der großen Arbeitslosigkeit erkennt, Betriebsarbeiter und Arbeitslose sich einig fühlen, wenn die Wand, die beide noch trennt, niedergerissen wird, wenn beide Teile Schulter an Schulter um das gemeinsame Stück Brot kämpfen und wenn auf die Offensive der Kapitalisten das Proletariat mit einer Gegenoffensive antwortet.

Aus dem Bericht der österreichischen Arbeiterdelegation über Rußland.

Jede Nummer der Zeitung wird einen Abschnitt aus dem Buche „Im Lande der befreiten Arbeiter und Bauern“ bringen.

Bewegungsfreiheit der Delegation.

Entgegen allen anderen Behauptungen sei hier festgestellt, daß die Delegation bei allen ihren Verhandlungen und Beschlüssen die vollste Bewegungsfreiheit seitens der russischen Gewerkschaften genoss, deren Gäste wir waren. Die Behauptungen, daß die Delegationen nur das sehen dürfen, was den russischen Genossen beliebt zu zeigen, haben sich als falsch erwiesen. Die Delegation hat sich in Moskau ihren weiteren Reiseplan festgelegt, ohne von russischen Gewerkschaftsführern quod nur im mindesten dabei beeinflusst zu werden.

In den verschiedenen Orten und Industriezentren wählten wir uns jene Betriebe und Einrichtungen aus, die uns sahen, und niemals hat der uns begleitende russische Gewerkschaftsvertreter dagegen einen Einwand erhoben.

In den Fabriken warteten wir nicht, bis uns

etwa die russischen Führer etwas zeigten oder Aufklärung erteilen, sondern wir traten mit den Arbeitern jedesmal in direkte Verbindung und hatten manchmal Ausdrachen, wo wir die russischen Führer haben, uns mit den Arbeitern allein zu lassen. In keinem dieser Fälle wurde uns das geringste Hindernis in den Weg gelegt.

Diese Feststellung dürfte genügen, das künftighin Meldungen über Drosselung der Bewegungsfreiheit der Delegationen mit der notwendigen Reserve aufgenommen werden.

Die Leitung der Betriebe.

Diese liegt in den Händen von Arbeitern Betriebe, die die gleichen Waren erzeugen und sich in einem Bezirk befinden, werden zu einem Krust zusammengefaßt. Dieser Krust wird vom Staate verwaltet oder beauftragt und setzt in seine ihm angehörenden Betriebe rote Direktoren ein. Diese sind entweder alte erfahrene Arbeiter der Fabrik, in der sie die Leitung übernehmen oder es sind Arbeiter, die schon lange in dem betreffenden Produktionszweig beschäftigt waren. Die vom Krust eingesetzten roten Direktoren können erst dann ihren Posten antreten, wenn eine Vollversammlung der im Betrieb

beschäftigten Arbeiter mit ihrer Person einverstanden ist und die Gewerkschaft ihre Zustimmung erteilt. Die roten Direktoren sind zumeist Mitglieder der kommunistischen Partei und können als solche höchstens nur 225 Rubel Monatsgehalt beziehen, da dies das Maximumgehalt für Parteimitglieder ist. So ist es keine Seltenheit, daß der technische Leiter (Ingenieur) m. J., ja oft das Doppelte an Lohn erhält als der Direktor. Da der rote Direktor Arbeiter ist und manchen technischen und geschäftlichen Fragen nicht gewachsen ist, steht ihm ein Gehilfe (Spezialist) zur Seite. Diese Spezialisten sind in den meisten Fällen Parteiloze und werden sehr hoch entlohnt. Löhne mit 300 bis 400 Rubel sind keine Seltenheit. Da man diese Spezialisten braucht und der Nachwuchs, obwohl man genug Zahlen schafft, wo junge tüchtige Arbeiter zu Technikern, Ingenieuren usw. herangebildet werden, noch nicht in die Produktion eingereicht werden kann, muß man sie hoch entlohnen. Der technische Leiter (Ingenieur) darf ohne Zustimmung des roten Direktors nichts durchführen, so daß letzterem eine händige Kontrolle gegeben ist. Die Kontrolle der Leitung eines Betriebes fällt aber auch dem Fabriksomitee (Betriebsrat) zu, worauf wir unter einem anderen Abschnitt noch zurückkommen werden.

Unternehmer-Wille.

Am 15. Februar standen 25.184 Personen im Besitze der Unterstützung, 24.741 sind aber bei der Arbeitsvermittlung angemeldet. Das heißt, daß nach amtlichem Anzeigensstande 437 ohne Unterstützung sind. In Graz allein sind 18.165 Arbeitslose.

Unsere soziale Gesetzgebung in der Praxis.

Unsere Sozialdemokraten ergäben den Arbeitern immerfort von dem großen Wert der sozialen Errungenschaften innerhalb der Arbeitergesetzgebung. Zu diesen sozialen Errungenschaften gehört auch das sogenannte Entgelt. Ein Mühlensarbeiter, dem von der Firma das Entgelt nicht ausbezahlt wurde, kommt zum Gewerkschaftssekretär seines Verbandes, in diesem Falle zum Sekretär Geroldinger vom Genossenschaftsarbeiterverband, damit er die Rechte dieses Mitgliedes vertritt.

Dieser erklärt dem Arbeiter, daß er wohl Anspruch auf das Entgelt habe, aber, wenn er darauf bestche, er dafür das nächstmal auf die Abbauliste komme. Das sei schon öfters vorgekommen. So wahren Gewerkschaftssekretäre die Rechte der Mitglieder. Derselbe Sekretär erklärte in einer Versammlung vor vier Jahren im Vereinshaus den arbeitslosen Mitgliedern: Der Kapitalismus wird die jetzige Generation noch um 200 Jahre überleben. Da seither schon vier Jahre verlossen sind, bleiben uns bloß mehr 196 Jahre, bis sich die Prophezeiung des Herrn Geroldinger erfüllen wird. Wir sind allerdings der Überzeugung, wenn es darauf ankommt, wie die Sozialdemokraten einschließlich der Gewerkschaftssekretäre den Kapitalismus bekämpfen, der Kapitalismus uns noch tausend Jahre überlebt, denn mit Jubiläumstagen bringt man der Kapitalismus nicht um. Wir sind allerdings der Ansicht, daß die von Sozialdemokraten drohbezeitete lange Lebensdauer des Kapitalismus durch die kommunistische Pest bedeutend verkürzt werden wird.

Gewerkschaft und Arbeitslose.

Tausende von Betriebsarbeitern, welche der Seipel'schen Sanierungsmethode zum Opfer gefallen sind und jetzt durch Jahre hindurch in Arbeitslosigkeit ihr Leben fristen, sind durch die schlechte Aufklärung der Gewerkschaftsführer um ihre Mitgliedschaft gekommen. Viele Genossen, welche den Betrieb verlassen mußten, waren in keiner Weise informiert, daß sie auch als Arbeitslose Anspruch auf Freimarken haben. Dadurch sind viele Gewerkschaftler verloren gegangen und es ist notwendig, hinzumeifen, daß sich die Vertrauensmänner der Gewerkschaften in diesem Sinne für die Aufklärungsarbeit mehr interessieren sollen. Den arbeitslosen Genossen und Genossinnen rufen wir zu: Interessiert euch für die Erhaltung der Mitgliedschaft, da nur durch den revolutionären Einfluß der Schutz des Gewerkschaftsbureaufatismus entfernt werden kann.

Sätte die Unterstützung erhöht werden können?

Bisher sind alle Forderungen der Arbeitslosen um eine Erhöhung der Unterstützung von der Seipelregierung abgelehnt worden. Die Motivierung der Ablehnung macht sich die Regierung sehr einfach, indem sie immer wieder erklärte, daß dafür kein Geld vorhanden sei. Auch die Sozialdemokraten erklären immer wieder, daß sie für die Arbeitslosen alles getan hätten, was zu tun möglich war, und daß es ihnen unmöglich sei, von der Regierung mehr zu erreichen. Ist dies wirklich so? Doch von der Seipelregierung und von den verschiedenen Landesregierungen mit Bittungen nichts zu erreichen ist, davon sind auch wir überzeugt. Wir wollen auch weiter nicht dabei verweilen, daß die Regierung Geld genug hätte, wenn der Staat nicht von Kapitalisten, Bankiers

um, um Milliarden bestohlen worden wäre. Wir wollen nur daran erinnern, daß im Dezember eine Biersteuer angenommen wurde, durch welche die Konsumenten neuerdings schwer belastet wurden. Dieser Biersteuer wurde, um sie der Bevölkerung etwas schmackhafter zu machen, die Begründung unter-schoben, sie diene zur Unterstützung von Arbeitslosen. Wie verhält es sich nun in Wirklichkeit? Die Sozialdemokraten, die auch im Parlament für die Biersteuer stimmten, vertraten gleich von Anfang an in ihrer Presse den Standpunkt, daß nur ein Teil von den Einnahmen der Biersteuer wirklich den Arbeitslosen zugute komme, während ein großer Teil von den Einnahmen der Steuer den Ländern zugute kommen werde. Und wozu werden die Länder diese Einnahmen verwenden? Zur Unterstützung von Klosterschulen und christlichen Parteisekretariaten. Es wäre mindestens die primitivste Pflicht gewesen, daß sich die sozialdemokratische Parlamentsfraktion dafür eingesetzt hätte, daß die Einnahmen für die Biersteuer in ihrer Gänge den Arbeitslosen zugute kämen.

Im Begehrungsfall hätte die sozialdemokratische Partei, wenn sie schon den Weg der Massenbesteuerung beschreitet, der zwar falsch ist, die Biersteuer verhindern müssen. Mit großen Worten und schönen Gesen kann eben den Arbeitslosen nicht geholfen werden, sondern — einzig nur durch die Tat!

Aus dem Alltag Erpressung eines christlich-sozialen Bürgermeisters.

In der Nummer 2 unserer Zeitung haben wir den Bureaufatismus bei der Industriellen Bezirkskommission im Falle der Josefa Brunner ins Tageslicht gezerrt und berichtet, daß der christlichsoziale Bürgermeister von Piber an den Dokumenten der Josefa Brunner Ausstreichungen vornahm, um sie ihrer Heimatszuständigkeit zu berufen. Nun ist ihm in seinem dreißigen, vor das Strafgericht gehörigen Sandweck, aber der Heimatschein der Rosa Brunner, die sich in Graz befindet, im Wege. Deshalb hat er die alte Frau zu sich geladen und unter Drohungen versucht, den Heimatschein herauszubekommen. Er drohte ihr bei Nichtauslieferung mit Ausweisung nach Ungarn. Wir geben einen Brief der Tochter der Josefa Brunner an ihre Mutter in Graz wieder, damit jeder an diesem Brief die Niedertracht des christlichsozialen Bürgermeisters Dobowinischel erkenne:

„Liebe Mutter!

Am 15. war die Großmutter beim Bürgermeister wegen des Heimatscheines. Der Bürgermeister hat der Großmutter gesagt, daß sie schwindelt, wenn sie den Heimatschein der Großmutter nicht schickt. Die Großmutter kommt dann nach Ungarn. Das ist Wahrheit, das ist keine Lüge. Die Großmutter weint Tag und Nacht und sie sagt, wenn Du den Heimatschein nicht schickst, wirst Du sie nicht mehr sehen. Dann bin ich auch mutterlos wegen Dir und Großmutter hat keine Heimat mehr. Das hat der Bürgermeister gesagt, wenn Du den Heimatschein nicht schickst.“

Dem folgen noch einige Zeilen und dann die Unterschrift „Rosa“. Mit Drohungen, mit Erpressung will der Bürgermeister den Heimatschein der alten Frau, der beweisen würde, daß auch die Josefa nach Piber zuständig ist, herausbekommen. Mit welchen Drohungen aber dieser christlichsoziale Bürgermeister die alte Frau bearbeitet hat, geht aus dem Sohe hervor, wo sie in ihrer Verzweiflung von Lebennemen spricht. Aber es wird ihm nichts nützen. Den Heimatschein bekommt er nicht, außer es sei, daß die Stadt-gemeinde Graz, wo er liegt, ihn ausliefert, damit ihn Herr Dobowinischel vernichten kann. Für diesen Fall existieren aber Abschriften. Die Arbeitslosen und Arbeiter von Piber und Umgebung sollen aber, bis ihm das Sandweck gelegt ist, Sorge tragen, daß er die alte Frau nicht länger skizaniert und mit Drohungen versorgt.

Von diesem Musterejemplar eines christlichsozialen Bürgermeisters sagen wir mit Schiller: „Tranz heißt die Starnaille.“

Fallenstelleri durch die Industrielle Bezirkskommission.

I.

Es wehren sich die Hülle, daß neu angemeldete Arbeitslose aus der Provinz wochenlang auf Unterstützung warten müssen. Von Mured, von Leibnitz, von Weiz, kurz, aus allen Richtungen kommen zum Zentral-Arbeitslosenkomitee Briefe, aus denen die Verzweiflung und Empörung jedes einzelnen über diese Zustände spricht. Manche unter ihnen haben heute obwar sie sich schon vor zwei oder drei Monaten angemeldet haben, noch immer keine Erleichterung oder Unterstützung in der Hand. Ein Beispiel: Edward Moser, in Pichla angemeldet am 4. November 1926, ist heute noch ohne Unterstützung. Andere wieder suchen um Verlängerung an und warten vergebens auf einen Entschaid. Der Arbeitslose Josef Maier, Post Brunntse, suchte z. B. um nur einen Fall herauszugreifen, am 16. Jänner um Verlängerung an. Er bekam gleich vielen anderen Arbeitslosen aus der Provinz keine Antwort.

In die berichtigte Fallenstelleri der J. B. A. Graz Uneingeweihte, schieben dies auf Konto des Bureaufatismus, andere wieder auf die Überlastung der Beamten. Beides ist falsch, denn beide beden nicht den wahren Grund auf. Der wahre Beweggrund ist, die Arbeitslosen eine Zeitlang ohne Unterstützung zu lassen, um dann erklären zu können: „Sie haben jetzt drei, vier Wochen ohne die Unterstützung gelebt und sind dabei nicht verhungert, also können Sie auch weiter ohne Unterstützung leben.“ Der Bescheid trägt dann den berühmten Nimmerl: „N. G.“, das heißt „abgelehnt wegen Nichtgefährdung des Lebensunterhaltes.“

II.

Ein anderer Fall, gleichwertig dem ersten in der Planmäßigkeit, Arbeitslose um die Unterstützung zu bringen, ist folgender. Dem Arbeitslosen M. J. aus Boitberg wurde unter nützigen Gründen die Unterstützung entzogen, trotzdem es bekannt war, daß der Arbeitslose für zwei unterverorgte Kinder zu sorgen hatte. Ohne einen Groschen, ohne Hilfe stand der Genannte vor der Gefahr, da er den Zins nicht bezahlen konnte, die Wohnung auch noch zu verlieren. Er sucht einen Ausweg. Er trägt der Besizerin der Wohnung seine Arbeitskraft als Abgoblung an. Er arbeitet dafür auf dem Grunde der Besizerin Schabel. Beim Kaufmann kann er leider nicht daselbe machen, und so verlehrt er seine Kleider für Zucker, Mehl, Fett u. dgl. Nun kommt die 19. November. Der Arbeitslose M. J. glaubte sich gerettet. Er meldet sich bei der J. B. A. Graz wieder, um die Unterstützung an. Resultat: Abgelehnt! Wörtliche Begründung: laut Bescheid vom 14. Februar 1927:

Sie arbeiten bei der Besizerin Schabel, bei der Sie wohnen, und die einen 5 Joch 30 Sektar großen Grund besitzt. Es kann daher weder Notlage angenommen werden, noch sind Sie als arbeitslos anzusehen.

Kommentar zu dieser Gemeinheit überflüssig.

III.

Diesen Beispielen der Fallenstelleri wollen wir noch eine dritte beifügen. Damit sind zwar noch lange nicht alle Wolfaruben, die von der J. B. A. für die Arbeitslosen gegraben werden, aufgedeckt, denn ihre Zahl ist unendlich groß, und die Arbeitslosen werden von Dr. Uranitsch, dem Kasi der Regierung und Inspirator dieser Tägliche, noch manche Neuerung auf diesem Gebiete erwarten können.

Fall drei bezieht sich auf die fastjam bekannten Entscheidungen über gemeinsamen Haushalt. Die J. B. A. schickt nämlich ihre Spione in die Wohnung der Arbeitslosen und läßt sie dort bis zum letzten Abortwinkel nachschneifeln, ob nicht ein unverheirateter Arbeitsloser oder eine Arbeitslose eine Bettgängerin oder einen Bettburschen hat. Ist dies der Fall, dann wird sofort die Unterstützung wegen gemeinsamen Haushaltes entzogen. Alle Einwendungen sind vergeb-

lich. Es bleibt für die J. B. A. gemeinsamer Haushalt, auch wenn der Betreuer 18 und die Bedienerin 80 Jahre zählt. Im umgekehrten Fall dasselbe. So hat z. B. die Arbeitslose K. A., 65 Jahre alt, mit ihrer Betreuerinunterstützung von 14 Schilling durch Vermietung ihrer Küche einen Ausweg gesucht. Zum Verhängnis kommt ein 18jähriger Bursche, zieht ein und die J. B. A. konstatiert: gemeinsamer Haushalt.

Das sind Formen, wie die J. B. A. die Arbeitslosen um ihre Unterstüßung bringt. Hat die Gewerkschaft von diesen keine Kenntnis oder schweigt sie bewußt? Wir fordern Kampf gegen diese Zustände bis zur endgültigen Beseitigung. Wir werden nicht aufhören, diese Fallenspieler der J. B. A. Crag dauernd an den Bronger zu stellen.

Die J. B. A. verdächtig Arbeitslose.

Die Arbeitslose Maria P. 1 brachte eine Arbeitgeberbestätigung zum Arbeitsnachweis, die eine eigenhändige Ausbesserung des Arbeitgebers enthielt. Die J. B. A. (Industrielle Bezirkskommission) nahm ihr, trotzdem die Daten des Zeugnisses mit der Arbeitgeberbestätigung übereinstimmen, die Unterstützung mit dem Begründen, daß hier eine Fälschung vorliege. Das ist selbstverständlich eine ernste Beschuldigung, zu der man, wenn man sie gebraucht, auch Beweise haben muß. Ist dies nicht der Fall, dann macht sich derjenige, der solche Behauptungen ohne Beweis aufstellt, einer ganz gemeinen Verächtlichmachung und Verleumdung schuldig. In diesem Falle trifft dies auf die J. B. A. zu. Diese hat die Arbeitslose P. 1 ohne Beweis als Fälscherin der Arbeitgeberbestätigung bezeichnet, obwohl heute bereits durch Erhebungen des Zentral-Arbeitslosenkomitees einwandfrei festgestellt ist, daß der Arbeitgeber selbst die Ausbesserungen vorgenommen hatte. Wir fragen nun die J. B. A. und Herrn Dr. Uranitsch, ob sie der Meinung sind, daß sich die Arbeitslosen jede Gemeinheit gefallen lassen müssen. Sollte er dieser Meinung sein, dann werden wir als Arbeitslose mit den Betriebsproleten auch noch Mittel finden, um sie von diesem Standpunkte zu kurieren, denn auf den Kopf machen lassen sich die Arbeitslosen von der J. B. A. und auch von Dr. Uranitsch nicht.

Frau Professor als Ausbeuterin.

Das Los der Hausgehilfinnen.

Unter dem geringsten Schutz und der größten Ausbeutung steht die Schicht der Hausgehilfinnen und Bedienerinnen. Unbegrenzte Arbeitszeit, miserable Entlohnung und Behandlung, keine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, das ist das Los dieser Schicht von Ausgebeuteten. Wir wollen heute ein Beispiel herausgreifen. Frau Professor Kronek, Gumboldstraße Nr. 19, ist unter den Bedienerinnen als Muster einer Ausbeuterin sattsam bekannt. Wie in einem Laubenschlag ist dort der Wechsel. Vereindart wird von dieser „gnädigen“ Frau eine Arbeitszeit von 7 bis 10 Uhr, die Stunde 85 Groschen. Dabei wird die Arbeit so gehäuft, daß die beste Arbeiterin regelmäßig bis 11 Uhr und noch länger arbeiten muß, um sie zu bewältigen. Während die „gebildete“ Frau Professor ihre gut gefütterten Köpferchen täglich mit Schinken zur Hause traktierte, vertweifelt sie der Bedienerin ein der Arbeit angemessenes Etüid Brot. Als z. B. einmal die Bedienerin M. G. wieder einmal bis halb 12 Uhr arbeiten mußte und um eine Pause ersuchte, herrschte die Bourgeoisin an: „Was glauben Sie denn eigentlich, sind Sie nicht so unverschämmt.“ Zu Weihnachten erhielt die Bedienerin M. G. als Geschenk eine Flasche Wein, wahrscheinlich mit dem Gedanken, daß der Bildungsgrad der Arbeiterin nach dem zaristischen System gemindert bleibt oder wird, um Elend und Not vielleicht im Kaufzustande zu vergessen, damit die Bourgeoisie bei ihrem üblichen Gelage Ruhe l. t. lberstunden werden nicht bezahlt. Eine kleine Lohn-erhöhung gewährt diese „Gnädige“ nur, wenn auf

die Zahlung des Krankenerversicherungsbeitrages Verzicht geleistet wird. Das ist ein kleines Beispiel aus dem Lose der Hausgehilfinnen und Bedienerinnen, die ganz dieser Sorte Ausbeuter ausgeliefert sind. Der Nachschuß für sie ist gleich Null.

Der einzige Schutz kann nur gewährleistet werden in geeintem Zusammenschluß aller dieser und Anschluß an die freien Gewerkschaften, um auch hier Wandel zu schaffen. Der einzelne ist machtlos, jedoch die Masse stark.

Arbeitslose, die bereit sind, die Zeitung „Der Arbeitslose“ vor den Betrieben freiwillig zu kolportieren, müssen sich beim Komitee melden.

Neuigkeitsberichte

Verhaftung eines Betreters Christi! Großes Aufsehen erregte dieser Tage die Verhaftung des Pfaffen Hermann Hilgath im Kurort bei Fischau an der Schneebergbahn. Dieser Sittenheuchler, welcher sich auf der Kanzel streng an die Hirtenbriefe des Erzbischofs Gföllner von Linz hält, verging sich in homo-sexueller Art an Schulkindern, die er unterrichtete. Die Ortsbewohner kamen dahinter und machten schriftliche Anzeigen an die Gendarmerie in Fischau und bei der Staatsanwaltschaft in Wiener-Neustadt. Die Behörde richtete ein Augenmerk auf ihn, und da sich die Anzeigen benachteiligten, schritt die Gendarmerie zur Verhaftung und lieferte ihn dem Kreisgerichte Wiener-Neustadt ein. Offenlich schickt ihm Herr Meister Seipel die Monatsgage ins Zuchthaus nach.

Nachtwächter, Hund und Arbeitslose. In der Universitätsbibliothek in Wien wurde in den Koffenräumen ein Einbruch verübt, bei dem die Rektoratskette, fünf goldene Defonketten und ein größerer Geldbetrag gestohlen wurden. Die Regierung, welche bei jeder Gelegenheit erklärt, für soziale Erfordernisse kein Geld zu haben, hat bereitwillig zur Sicherung des Universitätsgebäudes und der Rektoratskette 10.000 S zur Anschaffung eines Nachtwächters und eines Hundes zur Verfügung gestellt. Wenn aber hungernde Arbeitslose, welche den Stempel der Bergweisung tragen, um ein größeres Stück Brot demonstrieren, da stellt die Regierung Polizeieinheiten zur Verfügung. Wir fragen den Sanierer Seipel, wieviel Millionen Schilling er für die Verbrecher Kinteln, Ährer, Pridsching, welche seine persönlichen Freunde sind, flüssig gemacht hat, um ihre Milliardenbeute vor dem Diebstahl zu sichern. Daraus ersieht man ganz deutlich, daß Seipel eine Rektoratskette viel höher schätzt als das Leben Tausender Arbeitsloser. Und so eine Sippe nennt sich christlichsozial!

Reliquien des heiligen Aloisius gestreut. Kürzlich kenterte am Strande des Comoles ein Schiff, welches die Überbleibsel (Reliquien) des heiligen Aloisius barg. Am Gestade des Sees waren Tausende Schäflein der römischen Kirche versammelt, um die verkauften Knochen des heiligen Aloisius im Triumphzuge zum Tempel des Blödsinnes zu begleiten. Der Bischof, der am Schiffe war, erfuhr vom Kapitän die bevorstehende Gefahr und rief alle Personen auf Deck zusammen, um sie in Gebeten gefesselt zu halten, damit die heiligen Knochen nicht erkaufen sollten. Jenem frommen Zuschauer war es um den Schwindel der Kirche mehr zu tun als um das Leben hundert anderer Rittmenschen. Eine panikartige Szene spielte sich ab: Ein armer Fischer mußte sein Leben einbüßen. Der Bischof, der als letzter das sinkende Schiff verließ, mußte mit Gewalt entfernt werden. Das freigebliebene Volk muß zum Bewußtsein kommen, daß die letzte Kreatur der römischen Kirche durch die Macht des Proletariats entfernt werden muß.

Ein Wehrbündelhauptling kreibt einen Wehrmann in den Tod. Der unter den Alpenjägern Nr. 9 sattsam bekannte Wehrbündelhauptling Major Capellus hat durch seine monarchistischen Methoden einem

Wehrmann das Leben verehelt. Der Grund des Selbstmordes liegt nicht darin, wie offiziell berichtet wird, daß M. K. u. H. wegen Schänden in der Kavallerie erschossen hat, sondern, wer Capellus mit seinem Wehrbündelgeschmeiß kennt, weiß ganz genau, daß andere Motive maßgebend waren. Den Proletariern im Waffentod rufen wir Arbeitslose zu: „Seid auf der Hut vor diesem Wehrbündelgichter, denn sie wollen euch eure Rechte rauben. Es wird die Zeit kommen, wo wir Arbeitslose gemeinsam mit euch Wehrmännern in einer Front gegen unseren gemeinsamen Feind, die Reaktion, kämpfen werden.“

Revolution in Schanghai (China). Die Ereignisse überstürzten sich. Die revolutionären Antonarmeen sind nahe bei Schanghai. Schanghai, das Herz Chinas, die Stätte der stärksten Industrie, das Zentrum der chinesischen Arbeiterbewegung, streifen 250.000 Arbeiter feierten. Wir spüren förmlich den Pulsschlag ihrer glühenden Herzen für die Befreiung Chinas aus dem Joch der Imperialisten. Die Armeen der Reaktion sind in Auflösung begriffen. Der Geist der Revolution führt die Soldaten zur Antonarmee. Die bestialischen Hinrichtungen von chinesischen Arbeitern, deren Köpfe man zu Hunderten auf die Telegraphenmasten hängt, wird den Siegeslauf nicht hemmen. Mit dem endgültigen Siege der Antontruppen wird der Imperialismus an einer tödlichen Stelle verwundet sein. Wir jubeln dem zu, die chinesische Revolution ist ein Bundesbruder im Befreiungskampfe des westeuropäischen Proletariats.

Durch Kampf zur Besserstellung. Die Arbeitslosen in Frankreich führten energisch einen monatelangen Kampf um Erhöhung ihrer Unterstützung. Es gelang, die Regierung zu zwingen, die Sätze zu erhöhen, so daß der Arbeitslose im Mindestmaß 33,60 Schilling und im Höchstmaß 44,70 Schilling wöchentlich erhält. Diese Erhöhung ist nicht aus dem sozialen Empfinden der Regierung entsprungen, sondern ein Produkt des aktiven Kampfes.

Weg mit dem Paragraf 144! Das bürgerliche Gericht fordert sogar tote Proletarier zur Verantwortung, wenn sie zeitweilig das Verbrechen begangen, Geseß und Moral einer franken Gesellschaftsordnung zu verletzen. Auf Recht und Gerechtigkeit wird in einem christlichen Staate etwas gehalten! Nachfolgend ein kraßer Beweis: Im Sommer 1921 schleppte sich die schwer tuberkulose, schwangere, 15jährige Gisela Solubitzka zur Gebamme Kischawo und suchte sie um Hilfe an — für ein Sanatorium, ja nicht einmal für einen Arzt reichten ihre Mittel. Die Gebamme fühlte mit dem Wädel Kritik, machte den verpönten Eingriff und rettete so zwei Leben vor dem Verderben. — Zwei Jahre später kommt die anonyme Anzeige zur Polizei, sofort wird ein Kriminalbeamter in die Wohnung der Solubitzka geschickt. Er findet die Kellernwohnung verpörrt. Die Delinquentin befindet sich im Rudolfskital. Als schnelligst dorthin. Er findet sie auch — todkrank. — Im Jahre 1926 war sie nämlich wieder in den verhängnisvollen Zustand gekommen; diesmal reichten ihre Mittel nicht einmal für eine Gebamme, sie mußte das Kind austragen, und nun ringt sie mit dem Tode. Aber noch atmet sie. Der Kriminalbeamte ist also „Gott sei Dank“ nicht zu spät gekommen. Nach mehrstündigem Kreuzverhör — zusammenhängend reden kann sie leider nicht mehr — hat er glücklich den Schuldbeweis, ihr Geständnis, in Händen. Dann starb sie. Hierzeßn Tage darauf folgte ihr das Kind nach. Was schadet das. Recht und Gerechtigkeit muß sein! Vor zwei Jahren starb sie eben nicht und deshalb wurde sie angeklagt, deshalb kam es zur Gerichtsverhandlung. Solubitzka konnte selbst nicht erscheinen und sich verteidigen, sie ist tot, aber die Gebamme, die ihr half und der nachgewiesen wurde, daß sie sich herbeiließ, einigen Proletarierfrauen in ihrer schweren Lage zu helfen, bekam vier Monate schweren Kerker.

Christliche Behandlung. Dieser Tage wurden zwölf Blinde aus dem Baumgartner Blindenarbeiterheim mit Hilfe der Polizei zwangsweise ausgemietet und zwar zu dem Zwecke, daß der frühere Direktor

der Bundes-Blindenanstalt in Burkersdorf, Herr Gemeinderat Burken, der in der christlichsozialen Partei eine große Rolle spielt, eine standesgemäße Wohnung bekommt. Der Protokoll der Blinden, die schon 1/2 Jährig ihr Heim bewohnen, nützte nichts. Die Gerichte entschieden gegen sie und kurz darauf wart man sie samt ihren wenigen Habeleistungen auf die Straße. Es half ihnen nichts, daß sie voller Verweigerung ihr Heim verbarrikadierten, die Türen verriegelten, Vorhangschlösser anbrachten, vor die Türen Tische und Stühle aufstapelten. Auch die gerechte Empörung der Arbeiterkassier der Umgebung half nichts. Polizei marschierte gegen das Blindenhaus auf, umgingelte das Haus und forderte die Blinden zur Räumung. Weil die Blinden nicht freiwillig öffneten, ließ die Polizei die Türen gewaltsam sprengen. Und nun marsch mit euch auf die Straße, Blinde, Bettler, Prolet, Herr Gemeinderat, die Wohnung ist frei, der Möbelwagen kann kommen. Dies im Jahre 1927, nach neunjährigem Erleben der bürgerlich-demokratischen Republik.

Schweizer Terror. In Winfendorf, einer kleinen Oetzköfz in der Nähe der Schwarzgraben, oststeirischen Hauptstadt Hartberg, lebt das konfessionslose Ehepaar E. mit zwei Kindern, einem Bubem und einem Mädchen. Vor zurückgelegtem, siebentem Lebensjahr wurden letztere von den Eltern ebenfalls aus der Kirchengemeinschaft genommen, konfessionslos erklärt und inselgehehen auch nicht in die Religionsstunde geschickt. Der Schulleiter der zweiklassigen Landtschule wollte es sich aber mit seiner schwarzen Weibchen nicht versprechen und holte sich Beschlüsse vom Bezirksbehördenrat und der Bezirkshauptmannschaft. Von dort kam die Entscheidung: „Die Kinder müssen den Religionsunterricht besuchen, nachdem die Eltern früher römisch-katholisch waren. Für jedes beliebige Bauernneß gilt der Glaubenslehre eben nicht, der besagt, daß konfessionslose Kinder am Religionsunterricht nicht teilnehmen haben.“ Der Schulleiter will nun die Kinder zur Teilnahme am Religionsunterricht zwingen, indem er ihnen einfach die Keule, das heißt das Aufreigen in die nächsthöhere Klasse verweigert, falls sie nicht vor Semesterabschluss eine Prüfung aus Religion ablegen. Erst Religionsbekenntnis macht sie reif fürs Leben. Die Behörden wissen es eben nur zu genau, daß es um Staat und Pfaffenstum traurig aussehen wird, wenn deren beste Stütze, die Landbevölkerung, ihren Fokuspolus nicht mehr frißt.

Bei Mussolini auf Besuch. Der deutsche Großhändler Fritz Löffler ist mit Generaldirektor Alpinen Montan-Gesellschaft nach Rom gefahren. Dort werden sie bei Mussolini zu Gast sein, um die Ausbeutungsmöglichkeiten für den Stahltraß auch in Italien festzulegen.

Holzterror in Ungarn. Andreas Gábor, ein beidhändigstolzer Schneidgerichte, wurde in Budapest kürzlich verhaftet, als er von der Galerie des Parlamentes flüchtete in den Sitzungssaal warf. Das Holzgericht verurteilte ihn nun zu acht Monaten Gefängnis und 1000 Pengó Geldstrafe.

Unternehmer-Offensive. Die Alpine Montan-Gesellschaft mit Generaldirektor Buisson gebürt in der Reihe der Ausbeuter-Gesellschaften an die erste Stelle. Die Alpine-Elben wissen davon manches zu erzählen. Gegenwärtig erkennt die Alpine Montan-Gesellschaft die Situation für einen Angriff auf die Arbeiter wieder als günstig. Die Alpine Montan-Ausbeutergesellschaft hat den Arbeitern die „Arbeitsbeihilfe“, wie Leberkäse, Handleder, Holzschuhe u. dgl. gerührt. Die Arbeiter sollen nun mit bloßen Händen das heiße Eisen bearbeiten, sie sollen nun mit bloßen Füßen auf heißen Klotten stehen, sie sollen sich kurzweg Verbrennungen der schwachen Art durch den Raub der Arbeitsbeihilfe ansehen. Den Betriebsräten erklärte der schmutzigste Unternehmerföhrer, die Arbeiter sollen sich von nun an die Beihilfe selbst kaufen. Also soweit sind wir in der bürgerlich-demokratischen Republik. Mit diesem Raub von Arbeitsbeihilfen gibt sich die A. M. G. aber noch nicht zufrieden. Sie unternimmt noch einen direkten Angriff auf die Löhne. Sie sollen gekürzt werden. Eine Änderung des Lohnsystems ohne Befragen der Betriebsräte wird durchgeführt. Die Arbeitslosigkeit ermuntert die Unternehmer zu solchen Angriffen. Die Arbeitslosigkeit ist die Weisheit, mit der heute der Unternehmer die Arbeiter im Zaume hält und sie in das tiefste Elendversteck stößt. Deshalb, das Zentralproblem der Gegenwart ist die Arbeitslosigkeit.

Das findet die Bourgeoisie unerhört. Im deutschen Reichstage wurde über die Versorgung und Ruhegehälter beraten. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete G r u n d e beantragte die Streichung von Pensionen für 104 Minister und Staatssekretäre und für 1768 Generale. Weiter beantragte Grund die Streichung des Gehaltes für den Staatspräsidenten Hindenburg, der im Kriege an der Ermordung hunderttausender Arbeiter schuld ist. Der bürgerliche Minister G e r g h t fand diesen Antrag unerhört und stempelte ihn als eine Ungeheuerlichkeit. Das Proletariat ist anderer Meinung, es findet den Antrag für richtig.

Die Arbeitslosen von Prag auf der Straße. Am 21. Februar 1927 sind in Prag die Arbeitslosen für ihre Forderungen nach einer Rundgebung auf die Straße gezogen, um vor dem Rathaus zu demonstrieren. Die Polizei als Hüterin der bürgerlichen Ausbeutung zersprengte die Demonstranten, die mit roten Fahnen durch die Straßen aufmarchierten. Im

Vorgehen gegen das Proletariat sehen wir in allen Staaten die Anwendung der selben Gewaltmittel.

Ruhe und Ordnung.

Wenn Millionen arbeiten, ohne zu leben, wenn Mütter den Kindern bloß Milchpulver geben — das ist Ordnung!
 Wenn Arbeiter rufen: „Ruh! und ans Werk! Wer meine Arbeit stiehlt, muß vor's Gericht!“ Das ist Unordnung.
 Wenn Arbeiter zur Drehbank rennen, wenn Dreizehn in einer Stube pennen — das ist Ordnung!
 Wenn ein Arbeiter ausbricht mit Gebrüll, weil er sein Alter sichern will — das ist Unordnung!
 Wenn Erben von Renten im Schweizer Schnee jubeln und proffen am Comersee — dann herrscht Ruhe.
 Wenn Gefahr besteht, daß sich Dinge wandeln, verboten wird, mit dem Boden zu handeln — dann herrscht Unordnung.
 Die Hauptsache ist: Nicht auf Hungernde hören.
 Die Hauptsache ist: Nicht das Straßengeräusch hören.
 Wer nicht hören will, wird der Zeit durch das schon, was bringt euch die Revolution (ruhige unwillkürlich). So hat's euer Volksvertreter entlockt.
 Seid ihr bis dahin alle verreckt, so wird man auf euren Gräbern doch lesen: Sie sind immer ruhig und ordentlich gewesen!
 Von Theodor Tiger.

Vom Bundeskanzleramt.

Vor dem Gebäude des Bundeskanzleramtes findet man ein neugeborenes Kind. Darüber herrscht große Bestürzung. Was anfangen? Was gehört dieser unliebame Fund? Nein, im Kanzleramt hat man damit wahrlich nichts zu tun, denn: 1. wird da niemals mit Suß und Liebe gearbeitet; 2. kommt es dort gar nicht vor, daß eine Arbeit in neun Monaten beendet wird; 3. ist sie endlich so weit, dann hat sie aber niemals Kopf noch Fuß.

Verloren.

Ein Arbeitsloser verlor auf dem Wege von der Annenstraße, Arbeitslosenamt Bürgergasse, Bezirksgericht Paulusberggasse, am Dienstag den 24. Februar in der Zeit von 10 bis 11 Uhr vormittags zehn Schilling. Der eheliche Finder wird erlucht, dieselben beim Zentral-Arbeitslosenkomitee, Elisabethinerstraße 20, abzugeben.

Im Schilf.

Von A. Ratschew.

Der letzte Kampf. Jänner 100, Ziel 96!
 Ich mit feuerpeinenden Geschützen des Panzerzuges während, verpumpte die Stadt, ab und zu knurrend wie ein Tiger unter der Peitsche des Bändigers. Um den Bahnhof herum herrschte noch der Wirrwarr der Evakuierung. Geschütze wurden herangebracht, Wagen mit Heeresgut. Maschinengewehre, Mäde, schmutzige Notarmisten kamen heran. Stigige Pferde der Kavallerieabteilungen tanzten. Alles das wurde eilig in die langen Jüge verladen, die, roten Schlangen gleich, den Bahnhof verließen.
 Der Panzerzug sollte als letzter gehen. Gels wie bei Sand, von Sonne und Schießen durchnäht, stand er am andern Ende des Bahnhofes und spie Feuer aus gähnendstehenden Schießscharten.
 Geschosse heulen, kreischen dort draußen in der Steine. Aus der Steppe aber traben, die Stadt umkreisend, Stofaken heran, und Transportzüge mit Freiwilligen der Weißen Armee kriechen unter dem Schutze von Panzerwagen der Stadt zu.

Der Chef des roten Panzerzuges — Ledermütze, zergerauter Bart und zwei scharfe Blicke unter der gerundeten Mütze — rennt im Juge hin und her und kommandiert mit ruhiger, schneidender Stimme:
 „Ziel 100, Jänner 96!“
 „Ja Befehl!“
 Von Sitze und Milddigkeit wie ein Stück Butter aufgelöst, antwortet heiser der Richtmeister und reißt den Berkschuß zurück. Ein Ordnung geht durch den Panzerzug, eine Blutwelle schlägt auf und wieder klingt es trocken und präzise:
 „Jänner 100, Ziel 96!“
 Der Panzerzug erbebt. Das Geschütz heult auf, und an beiden Seiten liegen die Menschen auf den Anlen, stecken die Radeln der Bajonette durch die Schießscharten und verharren regungslos, nur die Hände spielen mit den Gewehrklüffern und die Schultern zucken vom Wüchschlag. Über ihnen, in gepanzerten Türmen knattern die Maschinengewehre, nenden ihre schlanken Hälse und lachen heiser und rollend.
 Ein kohlschwarzes, anthragitglänzendes Gesicht über einer Matrosenjacke beugt sich herab und schreit heiser dem Chef zu:

„Wasser ist eingenommen, Genosse Coria, wir können fahren.“
 „Also los!“
 „Nun, Jungens, gebt ihnen den letzten Denkgettel.“ sagte Coria und ging zur Lokomotive.
 „Genosse Rerky.“ rufft er.
 „Hier!“
 Eine Gestalt taucht neben ihm auf. Das Gesicht eines Raubvogels. Zwei Augen wie glühende Kohlen. Der Gewehrkolben schlägt auf.
 „Wir fahren jetzt, Genosse Rerky, machen Sie sich bereit.“
 „Ich bin fertig.“
 Die Schießbetrie eines Wagens öffnete sich ein wenig.
 Rerky springt hinab. Laucht zwischen die Räder eines Juges, springt über Schienen und verschwindet zwischen den ersten Häusern der Arbeiteriedlung.
 Ein klingender Ruck schlägt durch den Panzerzug. Die Räder beginnen zu trommeln. Knarrende, rasselnde Schläge hallen in den Ohren wider.
 Feuerpeinend legt sich der Panzerzug in Bewegung.
 (Fortsetzung folgt.)